

## Ententevorbereitungen zu einem Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß.

Die wirtschaftliche Weltmachtstellung des britischen Reiches ist durch den Krieg an vielen Stellen arg gefährdet worden. In ohnmächtiger Wut hat England zunächst mit einer Terrorisierung des Handels der Neutralen begonnen, die zur Gründung des niederländischen Ueberseezolltrattes und des schweizerischen Einfuhrtrattes, weiter zum Abschluß des Handelsabkommens mit Dänemark führte und schließlich in eine Blockade Griechenlands sowie in eine Vergewaltigung des Handels der skandinavischen Staaten ausartete. Da alle diese Maßnahmen nicht geeignet waren, die wirtschaftlichen Grundfesten der Zentralstaaten zu erschüttern, tauche in England der Gedanke auf, den Krieg mit den Waffen, wenn er einmal durch einen Friedensschluß beendet sein wird, auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen, um dann das verhaßte Deutschland, das mit den Waffen nicht bezwungen werden konnte, zu vernichten. Daß derartige menschenfreundliche Ideen, welche aus dem zerstörenden Kriege eine Institution für immerwährende Zeiten machen möchten, überhaupt sich ernsthaft hervorwagen können, ist nur für die jetzige internationale Atmosphäre kennzeichnend. Trotz ihres Widersinnes häufen sich indes die Feindschaftsprojekte immer mehr.

Schon kürzlich hat das britische Handelsamt den Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Schutze der Produktion, des Handels und der Schifffahrt Englands veröffentlicht, der strengere Patentgesetze und Ursprungsmarken zur Bekämpfung des Exports der Zentralstaaten vorschlägt. Weiter werden Vorzugstarife für die britischen Besitzungen sowie für die Verbündeten des Inselreiches empfohlen. Schließlich will man der britischen Handelschifffahrt dadurch besonderen Schutz angeheihen lassen, daß man die Schifffahrt der jetzt feindlichen Staaten völlig vom Seeverkehr mit England und seinen Verbündeten abschließt. Am 29. Februar beginnt in London ein für drei Tage anberaumter Kongreß der englischen Handelskammern, auf dem über den Handel nach dem Kriege beraten werden soll. An der Konferenz werden sich Vertreter der 120 Handelskammern der vereinigten Königreiche und Delegierte aller verbündeten Staaten beteiligen. Aus den bisher für den Kongreß erstatteten Gutachten läßt sich unverkennbar eine gegen den Freihandel gerichtete Tendenz erkennen, das Bestreben des englischen Reiches, seine Kolonien enger an das Mutterland anzuschließen, eventuell auch die jetzigen Bundesgenossen in diese Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen, aber auf jeden Fall sich von Zentraleuropa wirtschaftlich abzuschließen. Man will unbedingt eine Rückkehr zu den vor dem Kriege bestandenen Verhältnissen unmöglich machen und Schritte unternehmen, um den deutschen Handel nach dem Kriege auszuschließen oder einzuschränken. Für den 5. Juni ist weiter nach London eine Versammlung des „British Imperial Council of Commerce“ einberufen. Auch diese Tagung hat den Zweck, über die Fortsetzung des Handelskrieges nach Friedensschluß zu beraten. Auf der Tagesordnung steht die Beschlußfassung über ein System von Vorzugstarifen innerhalb des Reiches und über die Einführung von Vorzugstarifen für die Verbündeten, weiter Maßnahmen innerhalb des Reiches gegen die feindliche Schifffahrt, ferner Abänderung der Naturalisationsgesetze und schließlich die Beratung eines Verbotes aller Verträge mit dem feindlichen Ausland, die geeignet sein könnten, den Handel des englischen Reiches zu schädigen.

17. II. 1916 48  
Frankreich leistet seinem Verbündeten auf diesem Weg treue Gefolgschaft, vermag aber nicht in allen Punkten mit Großbritannien Hand in Hand zu gehen. Die internationale parlamentarische Handelskonferenz in Paris beschäftigt sich ebenfalls mit der Beratung der Wirtschaftsverträge nach dem Kriege. Der

Sekretär des Bureaus Eugen Baie erklärte jedoch gegenüber den englischen Projekten, daß ein Zollverein zwischen den einzelnen Staaten der Entente wegen der grundverschiedenen ökonomischen Verhältnisse eine sehr verwickelte und schwer zu lösende Frage sei, so daß der Abschluß von wechselseitigen Handelsverträgen vorzuziehen wäre. Jedenfalls steht auch dort die wirtschaftliche Bekämpfung Mitteleuropas in erster Linie auf der Tagesordnung; denn einen selbständigen Punkt der Beratungen bilden „Schutzmaßnahmen gegen das Eindringen deutscher Produkte“ beim Uebergang vom Kriegszustand in die Friedenswirtschaft.

Diese wohlbedachten Vorbereitungen der feindlichen Staaten zur Fortführung des Handelskrieges gegen die Mittelmächte im späteren Frieden werden bei uns und in Deutschland naturgemäß aufmerksam verfolgt, wengleich eine leidenschaftslose Prüfung zu dem Schluß berechtigt, daß diesen feindlichen Tendenzen die Möglichkeit der Durchführung fehlt. Jedenfalls müssen die künftigen Friedensverhandlungen wirtschaftspolitischen Repressalien vorbeugen. In diesem Sinne äußerte sich auch kürzlich der Generaldirektor Heineken des Norddeutschen Lloyd in Bremen, der erklärte, daß die englischen Drohungen über die Fortsetzung des Handelskrieges wohl ernst gemeint seien, daß sich aber nicht erkennen lasse, wie diese Drohungen in die Tat umgesetzt werden könnten.

In Deutschland beschäftigt man sich ohne feindselige Tendenzen mit der Ueberleitung der deutschen Kriegswirtschaft in den Friedenszustand. Geheimrat Justizrat Professor Doktor Rieber sprach in einer von ihm geleiteten Versammlung des Hansabundes über die Ordnung der „Demobilisierung“. Die zweitägigen Verhandlungen des Hansabundes führten zu dem Beschluß, daß schon jetzt auf der Höhe des Krieges bei der Sicherheit des siegreichen Endes die Vorbereitungen für die Zeit des Eintrittes des Friedensstandes getroffen werden müssen.